



Stadt Unterschleißheim
Herrn 1. Bürgermeister Christoph Böck
Rathausplatz 1
85716 Unterschleißheim

Bernd Knatz,
Jürgen Radtke
Stadtratsmitglieder

Unterschleißheim, 27.06.2017

Antrag:

1. Verzicht von Glyphosat auf allen städtischen Grundstücken
2. Motivation der Landwirte sowie Bürgerinnen und Bürger ebenfalls auf Glyphosat zu verzichten

Der Stadtrat möge beschließen:

Auf allen - voll oder auch nur teilweise - im städtischen Besitz befindlichen Flächen wird auf die Verwendung des Herbizidwirkstoffs Glyphosat verzichtet.

1. Die Stadt Unterschleißheim fügt beim Abschluss neuer Pachtverträge für gemeindliche landwirtschaftliche Flächen und bei der Verlängerung von Pachtverträgen eine Klausel ein, mit der sich der Pächter zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von glyphosat-haltigen Mitteln auf diesen Flächen verpflichtet. Diese Vorgabe wird auch bei Verträgen umgesetzt, die eine automatische Verlängerung für den Fall vorsehen, dass keine Kündigung erfolgt.
2. Die Stadt Unterschleißheim verzichtet bei allen Flächen unter ihrer Bewirtschaftung auf den Einsatz von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat.
3. Die Stadt Unterschleißheim verpflichtet vertraglich private Unternehmen, die Aufträge der Stadt zur Pflege von Grün-, Sport- und Verkehrsflächen erhalten, entsprechend auf einen Glyphosatverzicht. Bei laufenden Verträgen wird auf eine freiwillige Einigung hingewirkt.

Über persönliche Ansprache der hiesigen Landwirte sowie über die von der Stadt genutzten Medien werden Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, dem städtischen Beispiel zu folgen und auch auf den Einsatz glyphosathaltiger Produkte zu verzichten.

Begründung:

1. Glyphosat ist das in Deutschland und der Welt am häufigsten eingesetzte **Pflanzengift**; es wird auf 40 Prozent der deutschen Ackerflächen eingesetzt. Dazu werden mehr als 5.000 Tonnen Glyphosat jährlich ausgebracht, um das „Unkraut“ auf den Äckern abzutöten, bzw. die Ernte von Getreide oder Raps zu erleichtern.
2. Glyphosat schädigt das Bodenleben, fördert krankheitserregende Pilze, beeinträchtigt die Aufnahme von Mikronährstoffen sowie die Krankheitsabwehr der Pflanzen und mindert den Ertrag.

Unabhängig von der Frage nach gesundheitlichen Risiken ist eine wesentliche Reduktion des Glyphosateinsatzes auch in der Landwirtschaft aus ökologischen Gründen geboten, um den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt in unseren Kulturlandschaften zu stoppen.

3. In Riedmoos befinden sich städtische, landwirtschaftlich genutzte Flächen in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Imkern.
4. Der Einsatz von Glyphosat ist billig und bequem. Glyphosat fördert die Industrialisierung der Landwirtschaft.
Aber: Glyphosat lässt sich vollständig und oftmals kostenneutral ersetzen, wie eine Studie des **Julius-Kühn-Instituts – Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen (JKI)**, ein Geschäftsbereich des deutschen Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), belegt. Ackerbau mit bewährten Methoden wie dem Pflug oder "Grubber" bekämpft wirkungsvoll unerwünschte Pflanzen.
5. Die Krebsforschungsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft. Die aktuelle Einstufung von Glyphosat durch die IARC bestätigt frühere Hinweise auf eine Kanzerogenität (krebserregende Wirkung) und Genotoxizität (Erbgutschädigung) des Wirkstoffs.
6. Einige Bundesländer (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen) haben in Reaktion auf die IARC-Einstufung Erlasse gegen die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Glyphosatanwendungen auf Nichtkulturland (u.a. im kommunalen Bereich) erlassen. Bereits 2013 hat sich der Bundesrat für ein Verbot glyphosathaltiger Herbizide für den Haus- und Kleingartenbereich ausgesprochen. Zudem haben einige Bau- und Gartenmarktunternehmen wie toom, OBI und Bauhaus angekündigt, Glyphosatprodukte aus ihren Sortimenten zu nehmen.
7. Auch der Baumarkt Lohhof hat bereits reagiert und auf unsere Initiative sofort alle Produkte mit Glyphosat aus seinem Sortiment genommen, auch weil es umweltschonende Alternativprodukte gibt.
8. 70 Prozent der Deutschen sind für ein Verbot von Glyphosat.
Mehr 1 Mio. EuropäerInnen haben die Europäische Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat und Schutz der Menschen und der Umwelt vor toxischen Pestiziden“ unterschrieben.
9. Auch die Stadt Unterschleißheim (ebenso wie es z.B. die Stadt Dachau oder Gemeinden im Landkreis München schon praktizieren) sollte dieses Handeln zum Vorbild nehmen und mit diesem Beschluss gemäß dem Vorsorgeprinzip ihrer Mitverantwortung für den Gesundheitsschutz ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie dem Schutz von Flora und Fauna gerecht werden.

Bernd Knatz
für die Fraktion ÖDP

Jürgen Radtke
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen